

Ebenen Politiker den Weg für die Haspa?

PINNEBERG: Streit um geforderte Änderung des Sparkassengesetzes

Die Haspa will bei der Sparkasse Südholstein einsteigen. Doch der Wunsch wird nicht von allen Politikern im Kreis begrüßt.

VON THOMAS KLINK

Auf Bitten der Politiker hat die Sparkasse Südholstein den Entwurf für eine Resolution verfasst, die die Kreistage von Pinneberg und Segeberg sowie die Neumünsteraner Stadtvertreter gleichlautend verabschieden sollen. Darin werden Landesregierung und der Schleswig-Holsteinische Landtag aufgefordert, das Sparkassengesetz zu ändern. Mit der Neufassung soll erreicht werden, dass die Hamburger Sparkasse (Haspa) mit ihrer Finanzholding in Form einer Minderheitenbeteiligung bei der Sparkasse Südholstein einsteigen kann. Wie berichtet, fehlen der Sparkasse etwa 150 Millionen Euro, um weiterhin in ausreichendem Maße Kredite an den Mittelstand vergeben zu können.

Appell an das Land kein Selbstgänger

Am Mittwoch, 28. Januar, tagt der Pinneberger Kreistag. Die Resolution, die eigentlich einstimmig beschlossen werden soll, ist allerdings kein Selbstläufer. Kritik gibt es von den Fraktionen der Parteien

Die Linke sowie Bündnis 90/Die Grünen. Die FDP möchte den Appell indes weiter fassen.

Die Partei Die Linke reagiert „besorgt“ auf eine mögliche Änderung des Sparkassengesetzes. Claus-Peter Matetzki sieht bei einem Einstieg der Haspa die Gefahr, dass der Bestand der Sparkassen, so wie sie derzeit existieren, gefährdet ist. Denn anders als die Sparkassen in Schleswig-Holstein, die als Anstalten öffentlichen Rechts geführt würden, sei die Haspa eine Aktiengesellschaft. Gewinne würden nicht wie bei der Sparkasse Südholstein für soziale Zwecke ausgeschüttet. „So lange die Haspa nicht rekommunalisiert ist, sind die Befürchtungen allzu berechtigt, dass die beabsichtigte stabilisierende Wirkung verpufft und im besten Fall eine private Bank mit Sparkassen-Image ein gutes Geschäft macht“, sagte Matetzki.

Die Grünen bezeichneten eine Änderung des Sparkassengesetzes als „politisches Harakiri“. Die Landtagsabgeordnete Monika Heinold hat durch eine Kleine Anfrage herausbekommen, dass bislang nicht geprüft wurde, ob eine Änderung des Sparkassengesetzes den Einstieg von Privatbanken nach sich ziehen würde. Umso unverständlicher sei es, dass die Sparkasse Südholstein „massiven Druck

auf die Kommunalpolitik im Hamburger Rand ausübt“ und auf eine zügige Novelle dränge. „Die Landespolitik darf die bewährten Strukturen nicht zerschlagen, nur weil eine einzige Sparkasse überwiegend hausgemachte Probleme hat“, sagte die Abgeordnete.

Beschränkung nicht konform mit der EU?

Für die Resolution sprach sich der FDP-Kreistagsfraktionsvorsitzende Klaus G. Bremer aus. Die Liberalen wollen den Text allerdings abändern. Die Einengung auf die Haspa soll gestrichen und durch „andere Banken und Sparkassen“ ersetzt werden. „Wir meinen zwar die Haspa“, so Bremer, „befürchten aber, dass die Beschränkung nicht EU-konform ist.“ Zudem glaubt Bremer, dass die FDP-Version der Resolution im Land auf größere Unterstützung stoßen könnte. „Wir müssen alles versuchen, um die Arbeitsplätze bei der Sparkasse Südholstein zu erhalten“, betonte Bremer.

„Die SPD wird nur den ursprünglichen Text mittragen“, stellte SPD-Fraktionsvorsitzender Hans-Helmut Birke klar. Die FDP, so seine Vermutung, wolle den privaten Banken Tür und Tor öffnen. Die seien jedoch nur am Profit orientiert. „Das machen wir nicht mit“, so der Chef-Genosse.